

Erlanger Rot

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Erlangen



DKP

Sofortige Beendigung der Gewaltspirale im Nahen Osten

Fédération Internationale Des Résistants (FIR) Association Antifasciste

Erneut müssen wir erleben, dass im israelisch-palästinensischen Konflikt Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung in erster Linie die Zivilbevölkerung trifft. Begonnen haben die Auseinandersetzungen vor vielen Tagen mit dem Versuch der weiteren Durchsetzung der von den Vereinten Nationen eindeutig verurteilten Siedlungspolitik, die auf eine Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung in Ost-Jerusalem hinausläuft. Mit der Behauptung von „jüdischen Eigentumsrechten“, die vor 70 Jahren in diesem Gebiet bestanden hätten, wollen nationalistische Siedler palästinensische Bewohner vertreiben. Proteste gegen Zwangsräumungen und Einschränkungen des Besuchs von islamischen Gotteshäusern beant-

wortete die israelische Regierung mit Repressalien. Nachdem das israelische Militär und andere Sicherheitskräfte die Eskalation in Ostjerusalem über mehrere Tage mit mehreren hundert Verletzten auf Seiten der palästinensischen Bevölkerung vorangetrieben hat, begann die Hamas mit dem Raketenbeschuss auf israelische Städte. Dies wiederum führte zu massivem Bombardement israelischer Luftstreitkräfte auf Gaza, die Zerstörung von ziviler Infrastruktur und andere Stellungen. Beide militärische Maßnahmen können das Problem nicht lösen. Wir appellieren für sofortige politische Gespräche, um die Bedrohung der Zivilbevölkerung zu beenden. Es ist erkennbar, dass die Regierung Netanjahu diese Auseinanderset-

Fortsetzung Seite 2

Foto: Mohammed Talatene/dpa

Kein Frieden für Gaza

Leserbrief an die *junge Welt*

von Victor Grossman

Als Jude, der lebenslang Antisemitismus bekämpft und davon ein paar alte Narben im Gesicht behalten hat, bitte ich die jüdische Gemeinde in Deutschland um zwei dringende Schritte sowie alle Antifaschisten um Unterstützung dafür: Sie sollte sich feierlich von der Politik des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu distanzieren, der allzu deutlich erkennbar mit Hilfe einer Provokation der eigenen politischen Niederlage zu entkommen und sich dabei selbst angesichts einer Anklage wegen Korruption vor dem Gefängnis zu retten, aber auch das seit Jahrzehnten andauernde Diskriminieren, Einschränken und Vertreiben der arabischen Bewohner von Ostjerusalem und der »Westbank« zu intensivieren versucht. Koste es, was es wolle – auch das Leben von Juden und Palästinensern! Wie nicht anders zu erwarten, führte sein Angriff mit Granaten, Tränengas, Raketen und stinkender Flüssigkeit während der höchsten Feiertage der Muslime und in der wichtigen Al-Aksa-Moschee, wie andere Aktionen davor und danach, schon wieder zum Tod von Juden (darunter mindestens ein Kind) und in noch weit größerer Zahl von Palästinensern (darunter viele Frauen und Kinder). Unvermeidlich über-

Fortsetzung Seite 2



Rettung eines Säuglings aus einem Gebäude, das durch einen israelischen Luftangriff zerstört wurde (Gaza-Stadt, 20.5.2021)

zung eskalieren ließ – und das auf dem Rücken der israelischen und der palästinensischen Zivilbevölkerung. Dass Netanjahu dabei vor allem sein eigenes politisches Überleben im Sinn hat, macht sein Verhalten umso verwerflicher. Nachdem er trotz mehrfacher Neuwahlen nicht in der Lage war, eine eigene Regierungsmehrheit im Parlament zu erreichen, will er mit der Zuspitzung der militärischen Lage – wie es der Historiker Moshe Zimmermann klar analysierte – verhindern, dass seine politischen Opponenten, zu denen auch arabische Israelis gehören, sich zu einer politischen Koalition verbinden können. Gleichzeitig will er damit die Biden-Administration drängen, sich – im Sinne der früheren Trump-Politik – für das Konzept von Jerusalem als israelische Hauptstadt zu positionieren, was eine politische Lösung mit der palästinensischen Seite auf Dauer verhindern würde.

Damit ist eine explosive Lage im Nahen Osten entstanden, die nur durch politische Gespräche entspannt werden kann. Denn eines ist klar. Mit diesen Eskalationen wird es keine friedliche Lösung des Konfliktes geben – Beobachter haben Sorgen vor einer dritten Intifada, die erneut viele hundert Opfer unter allen im Nahen Osten lebenden Menschen fordern würde. Die FIR als „Botschafter des Friedens der Vereinten Nationen“ ruft zur Deeskalation unter Beteiligung der UNO auf. Die Hamas muss die Raketenangriffe auf israelische Städte sofort beenden. Die israelische Armee muss die Angriffe auf Gaza sofort stoppen. Und die politisch Verbündeten müssen der israelischen Regierung deutlich machen, dass sie nicht bereit sind, eine militärische Eskalation zu unterstützen, sondern sich für politische Lösungsschritte einsetzen.

Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR

trug sich der Konflikt auf andere Länder wie Deutschland, wo der Nahostkonflikt ein sensibles Thema bleibt. Für Palästina und Israel bleibt als einzige internationale Forderung: Sofort aufhören! Ja, auch mit den Raketen aus Gaza! Aber erst recht mit den Angriffen der Luftwaffe, mit Drohnen und Geschützen, die so viele Todesopfer mehr erfordern. Neben einem Distanzieren von Netanjahu und seinen Verbündeten wäre es schön, wenn die Gemeinde zu einem Bündnis von Juden und Muslimen aufriefe, die geeint gegen alle Angriffe vorgehen, ob gegen Männer mit Kippas oder Frauen mit Kopfbedeckung, ob gegen Synagogen oder Moscheen – also gegen alle Rassisten und Reaktionäre! Das Zerreißen von Fahnen, Steine gegen Synagogen oder umgekippte Friedhofssteine sind schlimm und zu verurteilen, erst recht in Deutschland. Doch noch schlimmer ist es, wenn etwa in Gaza ein Vater die Frau und Mutter auffindet, ihre Arme schützend um ihre vier Kinder gebreitet – und alle fünf sind verschüttet und tot. (...) Wer das eine sieht und verurteilt, aber das andere verschweigt, ignoriert oder herabspielt, kann sich kaum den Vorwurf ersparen, farbenblind, hartherzig, inhuman oder ein Heuchler zu sein!

Victor Grossman, per E-Mail



Israelische Einsatzkräfte verhaften Demonstrierende am Domaskustor in Ostjerusalem (18.5.2021)

Israel weitet Angriffe aus

Arnold Schölzel in junge Welt, 14.05.2021

Menschenrechte von Palästinensern spielen keine Rolle, erst recht nicht, wenn Israel Krieg will. Das ist der Kern der sogenannten deutschen Staatsräson, zu deren Bestandteil das Existenzrecht Israels erklärt wurde. Nun setzt sich die Gnadenlosigkeit der Vertreibung fort im Beschuss dichtbesiedelter Wohnviertel in Gaza. Terror aber verübt wie gewohnt angeblich nur die Hamas, die als Gegenmacht zur säkularen Fatah einst Israel willkommen war. Innere Zerrissenheit und Korruption der palästinensischen Führung gehören zu diesem Kalkül. Nun kommt ein neuer Faktor hinzu: Israels Araber, die in direkter Konfrontation mit den faschistischen Siedlern stehen. Das war bei deren rassistischem »Araber raus«-Programm unausweichlich. Die Zionisten sind innenpolitisch genau in der Sackgasse, die ihnen linke israelische Intellektuelle wie der Philosoph Moshe Zuckermann auch an dieser Stelle seit langem vorhergesagt haben: Sie wollen keine Zweistaatenlösung. Ihr Verlangen nach einem »gesäuberten« Einheitsstaat stößt aber heute im eigenen Land auf militanten Widerstand.

Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag zur aktuellen Zuspitzung im Israel-Palästina-Konflikt

Der Bundesausschuss Friedensratschlag fordert die Friedensinitiativen auf, entschieden gegen die Gewalt und sich für ein sofortiges „die Waffen nieder“ im Nahen Osten einzusetzen. Wir sind solidarisch mit den Friedensaktivisten in Israel und weltweit, die sich für die Durchsetzung der Menschenrechte in Israel und in den von Israel besetzten Gebieten einsetzen. Die „Palästina-Frage“ muss endlich friedlich gelöst werden.

Die Bundesregierung muss endlich ihre diplomatischen Aktivitäten dahingehend ausrichten – im Einklang mit den klaren UN-Forderungen – ein friedliches Zusammenleben der Menschen in der Region zu ermöglichen. Einseitige Schuldzuweisungen an die palästinensische Seite sind ebenso eine Bankrotterklärung der deutschen Außenpolitik wie einseitige Solidaritätsbekundungen israelischen Regierungshandelns gegenüber.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung:

- Bei massiven Verletzungen von Menschenrechten dürfen keine doppelten Standards angewendet werden, wie aktuell im Umgang mit den Palästinensern. Nur so ist eine glaubwürdige Diplomatie möglich.
- Die israelische Regierung muss für ihre seit 1967 andauernde, völkerrechtswidrige Besetzung des Westjordanlandes und der Golanhöhen und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen verurteilt werden, wie es in zahlreichen, von Israel ignorierten UN-Resolutionen und Stellungnahmen von Friedensorganisationen thematisiert wurde.
- Waffenexporte nach Israel sind als Konsequenz aus den von der Bundesregierung selbst definierten politischen Grundsätzen für Restriktionen sofort zu stoppen.
- Anstelle der instrumentalisierten Antisemitismus-Vorwürfe müssen endlich die Ursachen für Krieg und Gewalt in der Region aufgearbeitet und eine demokratische und sozialgerechte Perspektive für die Menschen der gesamten Region, in Israel, Palästina und in ermöglicht werden.
- Sich für einen umfassenden Prozess der Friedenssicherung im Nahen und Mittleren Osten einzusetzen, der sich die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zum Vorbild nimmt und das Ziel einer umfassenden Abrüstung verfolgt, das auch Massenvernichtungswaffen einschließt.

Frankfurt, den 22. Mai 2021

Applaus deutscher Politiker für Bomben auf Gaza heißt Solidarität mit Besatzern

Manfred Ziegler aus der UZ vom 21. Mai 2021

Wem gehört Israel? Auf diese Frage hat die Knesset, das israelische Parlament, mit einem Nationalstaatsgesetz eine verbindliche Antwort geliefert: dem jüdischen Volk, und zwar nur dem jüdischen Volk.“ Das schrieb „Die Zeit“ vor drei Jahren. Mit dem Nationalstaatsgesetz wurden die arabischen Bürger Israels auch offiziell zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Mehr Arbeitslosigkeit, schlechtere medizinische Versorgung und weniger Sicherheit zeichnet die Gebiete mit mehrheitlich arabischer Bevölkerung in Israel aus. Selbst Arabisch ist keine zweite Amtssprache mehr. Alle diese Probleme potenzieren sich in den besetzten Gebieten und in Gaza, dem größten Freiluftgefängnis der Welt. Es sind soziale Probleme, die den Kampf um Palästina befeuern. Es ist die Besatzungspolitik. Es ist das israelische Apartheidsystem mit seinen drei

Stufen, das die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem beschrieb.



Zerstörung eines Wohngebiets in Gaza (Foto: pchrgaza.org)

Die Unterdrückung arabischer Proteste in Israel durch Polizei, Grenzschutz – zum Teil gemeinsam mit bewaffneten rechtsradikalen Zivilisten – bedroht tatsächlich die Stabilität Israels. Ein System von Besatzung und Apartheid kann keine stabile und friedliche Entwicklung gestalten. „Solange es die Besatzungspolitik gibt, so lange gibt es Widerstand“, erklärte der Knesset-Abgeordnete Ayman Odeh von der Chadash, einem Bündnis linker Parteien in

Israel, darunter die KP Israels.

Die USA und Europa fordern Solidarität mit Israel. Der rechte österreichische Bundeskanzler Kurz zeigt seine Solidarität mit der rechten Politik Netanjahus, indem er die israelische Fahne über dem Bundeskanzleramt in Wien hissen lässt. Die Bundesregierung „verurteilt die fortdauernden Raketenangriffe aus dem Gazastreifen auf israelische Städte auf das Schärfste“. Außenminister Heiko Maas (SPD) bezeichnet die massiven israelischen Luftangriffe als Selbstverteidigung, während Annalena Baerbock von den Grünen erklärt: „Wir stehen in diesen schwierigen Stunden an der Seite der Israelinnen und Israelis.“ Sie alle ignorieren das Schicksal der Palästinenserinnen und Palästinenser, die in Gaza noch nicht einmal die Möglichkeit zur Flucht haben.

Mittlerweile legt die israelische Luftwaffe Gaza in Schutt und Asche in einer Orgie der Gewalt, die Ausdruck eines institutionellen Rassismus ist. „Nur die Starken überleben“ war das Motto der Wahlsponsoren von Benny Gantz, in denen er 2019 die Zerstörungen in Gaza durch die israelische Luftwaffe in einem früheren Krieg pries. Als Kriegsminister arbeitet er jetzt daran, weitere Teile von Gaza „in die Steinzeit zu bomben“. Mit ihren Aufrufen zur Solidarität mit Apartheid und Besatzungspolitik, die nur dürrig von der Solidarität mit einzelnen Opfern von Raketenangriffen in Israel überdeckt werden, zeigen die Politiker von Kurz bis Baerbock, dass sie nicht aus der Vergangenheit gelernt haben.

Und die Demonstranten, die ein Ende von Besatzungspolitik und Apartheid und ein Ende der Kämpfe fordern, werden als israelfeindlich, wenn nicht gar als antisemitisch gebrandmarkt. Ihre Demonstrationen werden unter dem Vorwand des fehlenden Infektionsschutzes bedrängt, verboten, aufgelöst.

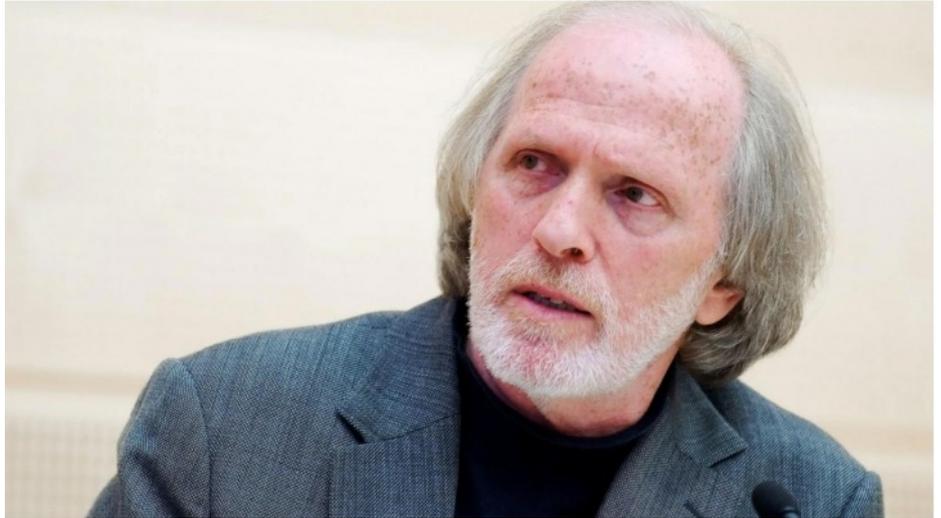
Gestützt auf die Macht des Militärs versuchte Israel, den Frieden für seine jüdischen Bürger zu gewährleisten. Dieses Projekt ist gescheitert. Frieden gibt es nur für alle, ohne Besatzung und ohne Apartheid – oder gar nicht. In Tel Aviv, Jerusalem, Haifa gab es Demonstrationen gegen die militärische Eskalation und für die Zusammenarbeit von Palästinensern und jüdischen Israelis. Eine der Parolen war: „Palestinian lives matter!“ – auch die Leben von Palästinensern zählen.

"Judentum, Zionismus und Israel sind verschiedene Kategorien"

Telepolis, 19. Mai 2021 **Ramon Schack**

Der deutsch-israelische Soziologe Moshe Zuckermann über die Ursachen der Eskalation in Nahost, die israelische Innenpolitik und die Antisemitismusdebatte

Herr Zuckermann, die linksliberale israelische Tageszeitung Ha'aretz schrieb unlängst, man habe in Jerusalem am Montag vergangener Woche mitunter den Eindruck gewinnen können, "als würde der israelisch-palästinensische Konflikt auf beiden Seiten der geteilten Stadt von Jugendlichen ausgetragen". Ist das die Ursache für die aktuelle Gewaltspirale?



Kein Freund von Netanjahu: Soziologe Moshe Zuckermann. Bild: Arne List, CC BY-SA 3.0

Moshe Zuckermann: Man kann diesen Tag als Metapher nehmen, aber diese Argumentation führt am eigentlichen Problem vorbei. Der israelisch-palästinensische Konflikt hat viele Dimensionen, aber er ist in erster Linie als ein Territorialkonflikt zu begreifen. Jerusalem ist dabei einer der Faktoren, aber nicht der zentrale. Das Hauptproblem liegt in der von Israel seit einem halben Jahrhundert betriebenen Siedlungspolitik, die nicht nur die Palästinenser im Westjordanland fortwährend ihres Landes beraubt, sondern mutatis mutandis die ehemals anvisierte Zweistaatenlösung verunmöglicht hat.

Während die westliche Staatengemeinschaft Israel angesichts der Raketenangriffe aus dem Gazastreifen ein Recht auf Selbstverteidigung einräumt, dabei aber die Frage umschiffet, ob nach dieser Logik die syrische Armee Israel auch beschießen darf, denn von dort werden regelmäßig Militärschläge auf Syrien vollzogen, erklärte das russische Außenministerium, dass die zunehmenden Spannungen durch die Vertreibung arabischer Bewohner aus ihrem angestammten Wohnort – dem Gebiet Sheikh Jarrah –, durch die Förderung von Plänen zum Bau von 540 Häusern in der Siedlung Har Choma und durch die Tötung von zwei Palästinensern an einem Kontrollpunkt in der Nähe der Stadt Jenin angeheizt worden sind. Welcher Sichtweise würden Sie eher zustimmen?

Moshe Zuckermann: Der russischen Sichtweise. Dabei muss man aber noch eines mitbedenken. Die Gewalteskalation war nicht das Resultat ideologischer Scheinpostulate wie des Rechts auf Selbstverteidigung. Sie war Ergebnis einer wohlorchestrierten Provokationskette vonseiten der Israelis: Polizei am Tempelberg, Absperrung der Zugänge nach Jerusalem für Araber, Sheikh Jarrah und einiges mehr. Die Hamas sollte reagieren, damit es zwangsläufig zur Gewalteskalation kommt. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, der wegen seines Prozesses (wegen Korruptionsvorwürfen, d. A.) und der Unfähigkeit, eine Koalition zu bilden, in Bedrängnis geraten ist, hat diese Eskalation im Eigeninteresse gebraucht – und hat auch sein Ziel erreicht: Das gegnerische Lager ist in Auflösung begriffen. Es könnte zu einem fünften Wahlgang kommen, diesmal mit Direktwahl des Premiers, die Netanjahu gewinnen dürfte. Dass auch die Hamas die Gewalteskalation bedient, weil sie sich gegenüber der PLO zu profilieren trachtet, ändert daran nichts.

Die Ursachen für die aktuelle Gewaltspirale zwischen der Hamas und Israel liegen auch in den Ereignissen der letzten Wochen begründet. In Ost-Jerusalem hatten die Spannungen Mitte April zugenommen. Am 7. Mai kam es zu Zusammenstößen zwischen der israelischen Grenzpolizei und Palästinensern in der Nähe des Tempelbergs. Inwieweit ist der seit Jahren voranschreitende Rechtsruck der

Fortsetzung Seite 5

israelischen Gesellschaft mitverantwortlich für das aktuelle Blutvergießen?

Moshe Zuckermann: Das ist eine fast rhetorische Frage. Der Rechtsruck ist zweifelsohne für die aktuelle Lage verantwortlich. Man muss allerdings verstehen, dass dieser Rechtsruck kein Neben-aspekt ist: Etwa 80 Prozent des israelischen Parlaments ist als rechts bzw. rechtsradikal einzustufen.

Politiker wie Avigdor Lieberman, Naftali Bennett oder Gideon Saar sind ideologisch noch radikaler rechts als Netanjahu eingestellt. Obwohl sie sich im Anti-Netanjahu-Lager zusammengefunden haben, das gerade allerdings wieder in Auflösung begriffen ist, stehen sie ideologisch ganz fraglos an der Seite Netanjahus bzw. der Rechten, ja radikalen Rechten Israels.

Hamas als Garantin für die palästinensische Spaltung

Sie sagten kürzlich, Israel brauche die Hamas und die Hamas brauche Netanjahu. Was heißt das konkret?

Moshe Zuckermann: Die Entstehung der Hamas vor rund vierzig Jahren wurde von Israel mitinitiiert und befördert, weil Israel einen Keil zwischen den palästinensischen Lagern treiben wollte und dabei die islamistische Hamas gegen die säkulare PLO unter Arafat stark machen wollte. Die Hamas war von Anbeginn für Israel eine Garantin für die palästinensische Spaltung.

Die Hamas ihrerseits braucht Israel, weil es ihre Raison d'etre perpetuiert. Es ist kein Zufall, dass Israel bei allen Gaza-Kriegen stets darauf aus war, die Hamas zu schwächen, aber ja nicht endgültig zu zerschlagen. Israel lässt auch zu, dass Katar die Hamas finanziert.

Noch Ende März, nach den jüngsten Wahlen in Israel, sah es danach aus, als würden die arabischen Parteien so etwas wie ein Zünglein an der Waage bilden. Mansour Abbas, dem Vorsitzende der konservativen arabischen Raam-Partei, kam die Rolle des potenziellen Königsmachers zu, heftig umworben von Premierminister Netanjahu. Welche Auswirkungen wird der aktuelle Konflikt auf die Regierungsbildung und die politische Landschaft haben?

Moshe Zuckermann: Ob Mansour Abbas noch das Zünglein an der Waage ist, wird sich herausstellen müssen. Die Gewalteskalation hat ihn in Zugzwang gebracht: Er kann sich nicht mehr einfach mit den rechten antiarabischen Parteien verbünden, weil sein Wahlvolk es nicht mehr ohne Weiteres hinnehmen kann. Sein jüngster Besuch in einer von Arabern in Brand gesetzten Synagoge hat ihm einige Schelte vonseiten seiner eigenen Leute eingebracht. Er scheint im Moment geschwächerter als zuvor. Der jüngste Konflikt wird sich entscheidend auf die Regierungsbildung auswirken, wie ich oben dargelegt habe. Aber das größere Problem ist in seiner Wirkung auf die innerisraelische Beziehung zwischen Juden und Arabern zu sehen - die zivilgesellschaftliche Koexistenz ist vermutlich heftig beschädigt. Es wird lange dauern, bis sie sich wieder "normalisieren" wird.

In Israel selbst kam es an vielen Orten zu schweren Zusammenstößen zwischen Angehörigen der arabischen Minderheit und den Sicherheitskräften. Welche Folgen wird dieses für den Zusammenhalt der Gesellschaft haben, die ja ohnehin schon tief gespalten ist, selbst innerhalb der jüdischen Bevölkerung?

Moshe Zuckermann: Es waren nicht nur die Zusammenstöße zwischen den Arabern und den Sicherheitskräften, sondern die zwischen den Arabern und den Juden, die die Bevölkerung in Schock versetzt haben. Es wurde offenkundig, welche Hass- und damit einhergehende Gewaltpotenziale sich in der Gesellschaft angestaut haben. Das kam nicht von ungefähr, denn abgesehen von schieferem Vandalismus bildete sich in diesen Exzessen der Frust und der Zorn großer Teile der arabischen Minderheit ab, die in Israel seit Jahrzehnten ein Leben als Bürger zweiter Klasse fristen müssen. Vielleicht werden die Ausbrüche während der Krise als Alarmzeichen wahrgenommen werden. Ausgemacht ist dies aber nicht.

In Deutschland wird dieser Tage viel über Antisemitismus berichtet, vor allem mit Blick auf propalästinensische Demonstrationen. Sie selbst, als israelischer Staatsbürger und Jude, wurden schon in Deutschland von Deutschen des Antisemitismus beschuldigt. Werden die Begriffe "Juden", "Zionismus", "Israel" und "Antisemitismus" in der deutschen Öffentlichkeit verwechselt oder gar falsch verwendet?

Moshe Zuckermann: Ja, der Meinung bin ich und habe dies auch schon oft genug theoretisch wie empirisch in Deutschland dargelegt. Allerdings vergeblich, wie es scheint, und wie sich angesichts der gegenwärtigen Krise wieder herausstellt. Es muss ein für alle Mal verstanden werden: Judentum, Zionismus und Israel sind drei verschiedene Kategorien und entsprechend auch Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik. Das zeigt sich schon daran, dass nicht alle Juden Zionisten, nicht alle Zionisten Israelis und nicht alle Israelis Juden sind. Es ist klar, warum diese Kategorien in Deutschland allzu häufig gleichgesetzt werden. Das bedient deutsche Befindlichkeiten und Bedürfnisse der Schuldabtragung. Aber nicht nur ist diese Gleichsetzung an sich falsch, sondern sie bedient objektiv auch die Interessen der israelischen Propaganda.

<https://www.heise.de/tp/features/Judentum-Zionismus-und-Israel-sind-verschiedene-Kategorien-6048958.html>



Die DKP - Erlangen
trifft sich regelmäßig
vierzehntägig.

Unsere Adressen:
info@dkp-erlangen.de
www.dkp-erlangen.de

Wichtige Adressen

Erlanger Sozialforum
www.erlanger-sozialforum.de

Erlanger Bündnis
für den Frieden
www.frieden-erlangen.de

Friedenspolitischer Ratschlag
Kassel
www.uni-kassel.de/fb5/frieden/

Pressemitteilung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) 14. Mai 2021 Solidarität mit dem palästinensischen Volk

In den vergangenen Tagen gab es massive israelische Luftangriffe auf Palästina – politisch unterstützt von den USA, der EU und der Bundesregierung. Es gibt hunderte Verletzte und zahlreiche Tote, vor allem Zivilisten, darunter auch Kinder. Die israelische Regierung hat die Ausweitung der Militärschläge angekündigt. Der deutsche Außenminister Heiko Maas (SPD) sieht die Verantwortung auf palästinensischer Seite. Tatsächlich jedoch hält Israel seit 1967 palästinensische Gebiete – Ost-Jerusalem, das Westjordanland und Gaza – völkerrechtswidrig besetzt. Seit Jahrzehnten werden dort Palästinenserinnen und Palästinenser vertrieben, ihre Häuser von israelischem Militär zerstört, israelische Siedlungen eingerichtet. Es wird eine Politik der Apartheid betrieben. Die soziale Lage in den palästinensischen Autonomiegebieten ist katastrophal.

Der jetzigen Eskalation gingen erneut völkerrechtswidrige Pläne zur Vertreibung palästinensischer Familien aus ihren Häusern in Scheich Dscharrah in Ostjerusalem voraus sowie Angriffe rechter Israelis. Sie hatten unbehelligt von den israelischen Sicherheitskräften Gläubige in der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem angegriffen, wobei es mehrere hundert Verletzte gab. Zudem sollte den Palästinensern, die in Ost-Jerusalem leben, seitens des israelischen Staates die Teilnahme an den palästinensischen Wahlen verweigert werden.

Der Raketenbeschuss aus Gaza war eine Reaktion auf diese massive Gewalt, die Verantwortung für die Toten auf beiden Seiten liegt bei der Regierung Netanjahu, die sich, wie ihre Vorgängerregierung, weigert, UN-Beschlüsse zu Palästina anzuerkennen und umzusetzen.

Die Solidarität der DKP gilt dem palästinensischen Volk, das einen Anspruch auf einen Staat im Rahmen der Grenzen von 1967 hat. Wir fordern ein Ende der israelischen Besatzung. Nur das kann ein erster Schritt zur Lösung des Konflikts sein. Unsere Solidarität gilt auch den Friedenskräften in Israel, insbesondere unseren Genossinnen und Genossen der KP Israels, die am 11. Mai trotz Polizeiübergriffen in mehreren Städten gegen die Kriegspolitik des israelischen Regierung protestierten.

Kritik an israelischer Militär- und Besatzungspolitik wird ein Stempel aufgedrückt

Antisemitismus im Definitionskarussell

Rudolph Bauer in der UZ vom 21. Mai 2021

Was ist Antisemitismus? Der Philosoph und Soziologe Theodor W. Adorno (1903 bis 1969) lieferte in seiner Schrift „Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben“ eine knappe Antwort. Sie lautet: „Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden.“

Adornos Beschreibung erfährt gegenwärtig eine paradoxe Verkehrung. Antisemitismus ist heute nicht nur ein Gerücht über Juden, sondern auch eine Zuschreibung, die dazu dient, Individuen – auch Jüdinnen und Juden – und Gruppierungen wie die „Jüdische Stimme für den Frieden“ als rassistisch zu brandmarken, auszugrenzen und in eine Reihe zu stellen mit den Nazi-verbrechen an Juden.

Die Gleichsetzung des Antisemitismus mit der faschistischen Rassenideologie und den millionenfachen Judenmorden ist tief im kollektiven Bewusstsein verankert – nicht nur in der deutschen Bevölkerung. Die Vorhaltung, jemand sei Antisemit oder eine Gruppierung verfolge antisemitische Ziele, dient als

Mittel zur sozialen oder politischen Ausgrenzung. Der Vorwurf des Antisemitismus wirkt wie eine gesellschaftliche Ausstoßung und politische Ächtung. „Antisemitismus“ ist eine Waffe in der politischen Auseinandersetzung. Bekanntes Beispiel ist die Parteisuspendierung von Jeremy Corbyn, des ehemaligen Vorsitzenden der britischen Labour Party, wegen angeblicher Duldung von Antisemitismus.

Vom Selbstverständnis zum Antisemitismus-Vorwurf

Ursprünglich bekannten sich die Anhänger nationalistischer Bewegungen im 19. und in der ersten

Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Antisemitismus. Die Wurzeln dieser irrationalen, vorurteilsgeprägten Geisteshaltung beruhten auf religiösen Vorbehalten gegenüber Juden, deren Vorfahren für den Kreuzestod Jesu verantwortlich gemacht wurden.

In der Nazi-Bewegung und bei den faschistischen Strömungen weltweit erlangte der ursprünglich religiös und dann auch ökonomisch motivierte Antisemitismus eine rassistische Stoßrichtung. Juden wurden als „rassistisch minderwertig“ und als eine Bedrohung des „reinen Volkskörpers“ diffamiert, verfolgt und „ausgemerzt“, ermordet.

Die Gegenüberstellung des arischen Antisemitismus rassistischer Prägung einerseits und der aktuellen Antisemitismus-Vorwürfe andererseits lässt Folgendes erkennen: Als Antisemit wird heute ein Gegenüber, eine andere Person oder eine andere Gruppe, bezeichnet, während der Begriff

früher eine Selbstbezeichnung war, ein Label des Selbstverständnisses und zur Selbstverständigung der „echten“ Antisemiten.

Historisch war Antisemitismus also ein persönliches beziehungsweise kollektives Eigenattribut – gründend auf einer Geisteshaltung, deren irrationale Anteile unter den Nazis zum mörderischen Rassenwahn mutierten. Heute hingegen dient der Begriff hauptsächlich als Anschuldigung und zur Kennzeichnung anderer.

Kaum jemand tritt heute offen als „Antisemit“ oder mit „antisemitischen“ Parolen auf (wobei mit dieser Fest-



Rudolph Bauer, Jahrgang 1939, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie. 1972 bis 2002 war er Professor für Wohlfahrtspolitik und Soziale Dienstleistungen an der Universität Bremen. Er ist Publizist, Bildender Künstler und Lyriker.

stellung die Existenz von offenem und verborgenem „echtem“ Antisemitismus nicht bestritten werden soll). Hinzu kommt aber eine Verkehrung des Begriffs: Ähnlich wie „Jude“ aus antisemitischer Sicht, so gilt heute „Antisemit“ aus Sicht des Common Sense als ein Label zur Ausgrenzung von Anderen, zu ihrer Abstempelung als einer gesellschaftlich geächteten Minderheit.

Es handelt sich um eine Art spiegelbildliche Verkehrung: Wo früher „Jude“ ein Schimpfwort war (und in bestimmten Kreisen noch oder wieder ist), da lautet eine der verächtlichen Beschimpfungen heute „Antisemit“. Das gesellschaftliche Vorurteil hat gewissermaßen den Adressaten geändert. Strukturell erfüllt das Etikett „Antisemit“ den gleichen Zweck wie das Etikett „Jude“.

Da es einem Skandal gleichkommt, „Antisemit“ und „Jude“ als zwei austauschbare Vorurteile zu bezeichnen, werden Anstrengungen unternommen, die Kategorie Antisemitismus exakt zu definieren. Offizielle und offiziell anerkannte Antisemitismus-Definitionen sollen dazu beitragen, das Etikett „Antisemit“ vom Verdacht zu befreien, ein irrationales Vorurteil zu sein. Die Definition soll dem Antisemitismus-Verdikt die Bedeutung eines rationalen Urteils verleihen.

Der „erweiterte Antisemitismusbegriff“

Eine erste offizielle Antisemitismus-„Arbeitsdefinition“ geht zurück auf einen 2016 gefassten Beschluss von 31 Staaten, die sich zur IHRA, dem Internationalen Bündnis zum Holocaustgedenken (International Holocaust Remembrance Alliance), zusammengeschlossen hatten. Die IHRA-Definition sollte Polizei und Gerichten der beteiligten Länder als Richtschnur dienen, um gegen Antisemitismus vorzugehen. In dieser Absicht wurde sie am 20. September 2017 auch vom deutschen Bundeskabinett verabschiedet. Seither berufen sich Kommunen und Veranstalter auf die IHRA-Definition, um Versammlungsräume zu verweigern oder Vorträge abzusagen.

Die Definition lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Der „erweiterte Antisemitismusbegriff“ der IHRA-Definition dient – so die Kritik – der Beeinflussung

und Lenkung der öffentlichen Meinung im Interesse derjenigen, denen an der uneingeschränkten Akzeptanz israelischer Regierungs-, Militär- und Besatzungspolitik gelegen ist. Das betrifft sowohl den israelischen Staat und seine gegenwärtige Regierung als auch all diejenigen Staaten, welche der israelischen Politik nichts entgegensetzen und sie vielmehr durch Waffenlieferungen militärisch unterstützen, wie etwa die Bundesrepublik.

Bundestag brandmarkt BDS-Kampagne

Die IHRA-Definition stößt nicht zuletzt deshalb auf Widerstand, weil sie in wichtigen Punkten unklar und für unterschiedliche Interpretationen offen ist. Insbesondere wird ihr vorgeworfen, dass sie mit Blick auf Israel die Meinungsfreiheit einschränkt und jene gewaltlosen politischen Aktionen für nicht legitim erklärt, deren Teilnehmer sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen.

Dies trifft insbesondere auf die BDS-Bewegung zu. Die von Palästinensern und Juden gemeinsam gegründete und unterstützte Kampagne ruft auf zum Boykott, zur Desinvestition und zu Sanktionen gegenüber Israel. In blinder Befolgung der unpräzisen IHRA-Definition wurde BDS auch vom Deutschen Bundestag im Mai 2019 per Beschluss pauschal als antisemitisch eingestuft.

Korrektur durch die Jerusalemer Erklärung

Im Sinne einer Verbesserung und Ergänzung beziehungsweise Korrektur der IHRA-Definition wurde im März 2021 eine neue Begriffsdefinition veröffentlicht. Niedergelegt in der „Jerusalem Declaration on Antisemitism“ (JDA) wird festgestellt, die BDS-Aktionen seien als „gängige, gewaltfreie Formen des Protests ... nicht per se antisemitisch“. Die Jerusalemer Erklärung definiert Antisemitismus als „Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Institutionen als jüdische)“ und liefert zusätzlich 15 Leitlinien zur Präzisierung.

Die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus war von zwanzig vor allem jüdischen beziehungsweise israelischen Wissenschaftlern erarbeitet und von rund zweihundert internationalen Wissenschaftlern unterzeichnet worden. Die meisten von ihnen arbeiten in der Antisemitismusforschung und in verwandten Bereichen.

Die Erklärung differenziert zwischen Antizionismus und Antisemitismus. Ein weiterer wichtiger Unterschied der „Jerusalemer Erklärung“ zur Arbeitsdefinition der IHRA ist, dass sie den Kampf gegen Antisemitismus als untrennbar vom größeren Kampf

gegen andere Formen von Rassismus und Diskriminierung versteht.

Definitionsversuche führen in die Irre

Seit Veröffentlichung der JDA-Definition reißt die Debatte nicht ab, ob sie mehr Klarheit ermöglicht oder die gleichen Schwächen wie die IRHA-Definition aufweist. Uwe Becker, der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, bezeichnet die Jerusalem Erklärung sogar als „Freibrief zur geradezu grenzenlosen ‚Israelkritik‘“ sowie als „Zertifikat für Israelhass“.

Auf der anderen Seite wird betont, dass Forscherinnen und Forscher, die sich zum Teil seit Jahrzehnten mit dem Holocaust und Judenhass beschäftigen, besser als Parlamentarier und Regierungen in der Lage seien, eine Antisemitismus-Definition vorzulegen und objektiv einzuschätzen, ob BDS als antisemitisch anzuprangern sei.

Ralph Lewini, der Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeinderats, sieht den Zweck jeder Antisemitismus-Definition darin, dass sie als „Werkzeug“ geeignet zu sein hat, wenn „Antisemitismus effizient und effektiv bekämpft werden“ soll.

Die „Bekämpfung“ des Antisemitismus mittels einer Definition führt allerdings in die Irre und löst das Problem nicht. Denn auf diese Weise werden nicht die psychologischen Wurzeln und die sozialen Entstehungsbedingungen antisemitischer Vorurteile und Handlungsmuster erforscht. Vielmehr hat die „Bekämpfung“ zur Folge, Ausgrenzungen vorzunehmen, gesellschaftliche Spaltungen zu zementieren und Kritik im Keim zu unterdrücken.

Um Vorurteile wie den „echten“ Antisemitismus als unbegründet zu widerlegen, ist es in den meisten Fällen der falsche Ansatz, ihn zu „bekämpfen“. Es ist stattdessen vor allem erforderlich, seine Genese zu analysieren und gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, die ein Zusammenleben der Menschen und der Völker in Freundschaft möglich machen. Im Konkurrenz- und Profitkapitalismus ist das allerdings schwer umsetzbar.

Schon heute aber ist es tunlich, die beabsichtigte Brandmarkung immer dann als demokratieschädigend zurückzuweisen, wenn jeglicher politischen Kritik an der israelischen Militär- und Besatzungspolitik der Stempel „antisemitisch“ aufgedrückt wird, um sie zum Schweigen zu bringen.



FRIEDEN FÜR NAHOST

»Palästinensische Narrative kommen zu kurz«

Debatte um Nahost-Konflikt: Jüdische Friedensorganisation fordert Ende von Besatzung und jeglicher Gewalt. Ein Gespräch mit Lili Sommerfeld

Interview: Annuschka Eckhardt, junge Welt 22.05. 2021

Die anhaltende Eskalation im Konflikt zwischen Israel und Palästina wird in der Bundesrepublik teils heftig diskutiert. Welche Perspektiven kommen dabei aus Ihrer Sicht zu kurz?

Es wird nicht diskutiert, was denn eigentlich der grundsätzliche Plan für palästinensische Menschen ist. Diese entscheidende Frage: Wie geht es weiter, wie kann man diesen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen? Palästinensische Narrative, die palästinensischen Menschen, die kommen komplett zu kurz.

Wie positioniert sich die »Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost« in der Debatte?

Wir sind eine jüdische Organisation von in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden. Wir sehen uns als antirassistische Community und stehen gegen jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Mit diesen Grundpfeilern ausgestattet gucken wir auf die Situation im Nahen Osten. Dort sehen wir, wie die eine Seite die andere seit vielen Jahrzehnten machtpolitisch und militärisch dominiert. Dieses Ungleichgewicht möchten wir aufheben. Dieser Tatsache muss man ins

Auge schauen, auch wenn es schmerzhaft ist zu sehen, welche Verbrechen auch in unserem Namen dort verübt werden. Und wir möchten eine Situation schaffen, in der alle Menschen, die in der Region leben, unabhängig von ihrer Religion, ihrer Hautfarbe oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit ein demokratisches, selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben führen können. Wir wollen, dass die Besatzung und jegliche Gewalt beendet wird.

Wo verläuft für Sie die Grenze zwischen Antisemitismus und legitimer Kritik an der Politik der israelischen Regierung?

Antisemitismus beginnt dort, wo ich mich als Jüdin angegriffen fühle. Wenn ich für meine Religion oder für meine Zugehörigkeit zu einer jüdischen Gruppe diskriminiert werde, ist das Antisemitismus. Bei extremen Beispielen, wenn jemand am Rande einer Demonstration ruft »Bomben auf Tel Aviv« oder »Kindermörder Israel«, schaue ich genauer hin. Diese Aussagen sind zwar gewaltvoll, aber nicht per se antisemitisch. »Bomben auf Tel Aviv« hat in diesem Fall einen ganz anderen Kontext als in deutschen Ohren. Ein verzweifelter »Bomben auf Tel Aviv« ist aggressiver Widerstand gegen die Unterdrückung im Kontext der Ignoranz, die Palästinenserinnen und Palästinenser erfahren. Es ist ein gewaltsamer Aufruf, den ich als solchen verurteile, aber nicht als Antisemitismus. Das ist in dem



Lili Sommerfeld ist Musikerin und im Vorstand des Vereins »Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost«

Moment nicht gegen mich als jüdische Person gerichtet.

Das Problem mit »Kindermörder Israel« ist, dass wir zwei unterschiedliche Blickwinkel auf diesen Begriff haben. Der eine ist der, der aus Deutschland mit Nazihintergrund kommt und mit einer langen Geschichte des europäischen Antisemitismus zusammenhängt. Dort bezieht sich der Begriff auf mittelalterliche antisemitische Legenden, wonach Juden angeblich Kinder töten und essen. Das ist selbstverständlich ein schreckliches antisemitisches Stereotyp. Die Leute, die aber gerade »Kindermörder Israel« rufen, sind keine Deutschen mit Nazihintergrund, sondern Menschen, die aus der palästinensischen Perspektive versuchen, eine Sprache für die Tatsache zu finden, dass das israelische Militär ihre Kinder in Gaza tötet.

In Ihrer Rede auf der vom Verein »Palästina spricht« organisierten Demonstration zum Tag

der Nakba am 15. Mai in Berlin sagten Sie: »Zu deutschen Politikerinnen und Politikern sagen wir: Die Waffenlieferungen an Israel reinigen nicht euer Gewissen von den Verbrechen der Nazis.« Welche Nahostpolitik fordern Sie von der BRD vor dem Hintergrund der Naziverbrechen?

Ich fordere die deutsche Politik auf, die richtigen Lehren aus den Verbrechen der Nazizeit zu ziehen, die hier begangen worden sind, von den Vorfahren einiger der Menschen, die hier heute Politik machen. Die richtige Lehre daraus ist nicht »nie wieder darf so etwas Juden widerfahren«, sondern die richtige Lehre daraus ist: »nie wieder darf so etwas irgend jemandem widerfahren!«. Und dabei sage ich jetzt nicht, dass das, was Israel macht, das gleiche ist, was die Nazis mit den Juden gemacht haben. Ich mache grundsätzlich keine Nazivergleiche. Aber klar ist: Die Lehre aus den Verbrechen der Schoah muss die Charta der Menschenrechte sein.



Hafenarbeiter von Livorno solidarisch mit Palästina

Keine Waffen nach Israel

Gerhard Feldbauer in der UZ vom 21. Mai 2021

Der Hafen von Livorno



Livorno, die größte Hafenstadt Italiens am Tyrrhenischen Meer im Landesnorden, wo Antonio Gramsci mit Palmiro Togliatti 1921 die Kommunistische Partei (PCI) gründeten, ist eine traditionsreiche Arbeitermetropole. Mit der Weigerung, Schiffe mit Waffen für Israel zu beladen, schreiben ihre Hafenarbeiter in diesen Tagen eine neue Seite des proletarischen Internationalismus.

Wie das „Il Fatto Quotidiano“ berichtete, haben nach einem Aufruf der Gewerkschaft L'Unione Sindacale di Base (USB) und von Arbeitsteams die Hafenarbeiter von Livorno sich geweigert, das Schiff „Asiatic Island“ zu beladen, das Waffen ins israelische Aschdod transportieren sollte. Die Basisgewerkschaft der Hafenarbeiter hatte sofort nach Beginn der Terrorbombardements gegen die Palästinenser zu dieser Weigerung und zur Solidarität mit dem Befreiungskampf aufgerufen. Der Rückruf von mindestens 40.000 israelischen Reservisten sei eine Bestätigung der bisher größten Verschärfung der Repression gegen die Palästinenser, so der Aufruf, den das kommunistische Onlineportal „Contropiano“ ausführlich zitierte.

„Diese Waffen und Sprengstoffe“, heißt es darin, würden benutzt, „um das palästinensische Volk zu töten, das von einer brutalen Aggression getroffen wurde, die zu Hunderten von Opfern unter der Zivilbevölkerung, darunter viele Kinder, geführt hat“.

Und: „Livorno darf nicht mitschuldig sein an Kriegen und Massakern an Zivilbevölkerung und Arbeitern wie uns.“

Die „Asiatic Island“ musste nach der Aktion den Hafen von Livorno mit Kurs auf Neapel verlassen, wo es ebenfalls zu Solidaritätsbekundungen für Palästina kam. Demonstranten zogen zum Sitz der Hafenbehörde, um die Nutzung des Hafens als Anlaufstelle für Schiffe mit Waffen für Israel zu verhindern.

„Contropiano“ ist eines der wenigen Medien Italiens, das den Mordterror Israels entlarvt. „Während das italienische Establishment – vom Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei bis zur extremen Rechten – einen Staat unterstützt, der Apartheid praktiziert und Kinder tötet, ergreifen die Hafenarbeiter in Livorno und die Demonstranten in Neapel konkrete Maßnahmen gegen das Massaker an palästinensischen Zivilisten“, schreibt das kommunistische Magazin.

Den Waffentransport hatte die nichtstaatliche Organisation Weapon Watch in Genua aufgedeckt, die Waffentransporte in Mittelmeerhäfen beobachtet, und die Information an die USB weitergegeben. Weapon Watch hat die Regierung von Mario Draghi aufgefordert, keine weiteren Waffenlieferungen nach Israel mehr freizugeben.